Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Frs. 4,50. Zeilenpreise Die 8gesp. 40 m/m Zeile 0,25 Frs., Deutschland 7 Pfg., Ausland 0,30 Frs.

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82. Postfach 39

Nr. 186. | Saarlouis, Montag, den 25. August 1924. | 53. Jahrgang.

Kein Fraktionszwang der Deutschnationalen.

Vertrauensvotum für Herriot.

Die Haltung der Deutschnationalen.

wtb. Berlin, 25. Aug. Während der „Montag", die vom Lokalanzeiger herausgegebene Montagszeitung, über die Frage der Haltung der Deutschnationalen bei der Reichstagsabstimmung über die Dawesgesetze nichts zu berichten weiß, glaubt die Montagspost von einer Aenderung der Stellungnahme der Deutschnationalen berichten zu können. Die Fraktion würde für die entscheidende Abstimmung keinen Fraktionszwang bestimmen, sondern ihren Mitgliedern die Abstimmung freigeben.

Herriot will auch die 26% Handelsabgabe.

wtb. Paris, 24. Aug. Es wird mitgeteilt: Ministerpräsident Herriot hat in der gestrigen Kammersitzung angekündigt, daß er einen Gesetzentwurf vorbereite, durch den die deutsche Einfuhr von Frankreich einer 26proz. Abgabe unterworfen werden soll, analog der Abgabe, die an England erhoben wird. Wenn diese Abgabe an Frankreich zur Durchführung kommt, wird diese Abgabe einen Zuschlag zu den augenblich auf deutsche Waren erhobenen Zollgebühren darstellen. Jeder französische Schuldner würde, um eine von einem deutschen Lieferanten vorgelegte Rechnung zu bezahlen, diesen Lieferanten nur 74 Prozent seiner Rechnung bezahlen, während die restlichen 26 Prozent zur Speisung der Reparationskasse an den französischen Staat gezahlt würden.

Die Kammer billigt die Londoner Beschlüsse.

wtb. Paris, 24. Aug. Die Kammer hat die Besprechung der Interpellationen über die Londoner Verhandlungen in später Nachtstunde beendigt und der Regierung mit 336 gegen 204 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Zum Tode des Herrn Espinosa de los Monteros.

Die Nachricht von dem plötzlichen Tode des saarländischen Kultusministers hat im ganzen Saargebiet eine aufrichtige Trauer ausgelöst. Die Amtstätigkeit des Herrn Espinosa hatte sozusagen erst begonnen; dennoch hatte er sich bereits einen großen Kreis von Männern erworben, die ihn hochverehrten und von ihm noch manche, für das deutsche Saargebiet segensreiche Tat erhofften.

Der Tod des Herrn Espinosa bedeutet für uns demnach einen schmerzlichen Verlust. Die Trauer um den ritterlichen Spanier ist auf der anderen Seite der beste Beweis dafür, daß die Bevölkerung des Saargebietes bereit ist, mit der Regierung loyal zusammenzuarbeiten, wenn sie der vom Völkerbund ihr gestellten Aufgabe und der deutschen Eigenart des Saarvolkes entgegenkommt.

Die Zentrumspartei und Deutsch-Saarländische Volkspartei haben folgendes Beileidstelegramm an die Gemahlin des Verstorbenen gesandt.

Son Excellence Monsieur le Ministre d'Exterieur
Espinosa de los Monteros

Madrid.

Da uns die Adresse von Frau Espinosa de los Monteros unbekannt ist, bitten wir um gütige Uebermittelung folgenden Telegramms und bitten zugleich, dieses Telegramm auch als Ausdruck unserer aufrichtigen Teilnahme Euer Exzellenz gegenüber zu betrachten.

Mit schmerzlichem Bedauern hat die Bevölkerung des Saargebietes die Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls aufgenommen. Wir trauern mit Ihnen um den ausgezeichneten und guten Menschen, der trotz seiner kurzen Tätigkeit im Saargebiet sich die aufrichtige Wertschätzung und das große Vertrauen der gesamten Bevölkerung erworben hat. Er war ein ritterlicher Freund der Saarbevölkerung. Wir bitten Sie und Ihre ganze Familie, die Bekundung unserer herzlichen Teilnahme entgegennehmen zu wollen.

Zentrumspartei und Deutsch-Saarländische Volkspartei
gez.: Dr. Jordans, Schmelzer.

Dieselben Parteien haben noch folgendes Beileidsschreiben an die Regierungskommission gerichtet.

Saarbrücken, den 23. August 1924.

An die Regierungskommission des Saargebietes
Saarbrücken

Mit schmerzlichem Bedauern haben wir die Nachricht von dem Hinscheiden des Herrn Ministers Espinosa de los Monteros vernommen. Wir sprechen hiermit der Regierungskommission des Saargebietes unser aufrichtiges Beileid aus. In dem Dahingeschiedenen betrauern wir einen aufrichtigen und ritterlichen Freund der Saarbevölkerung, die sein Andenken stets hoch in Ehren halten wird.

In vorzüglicher Hochachtung
Die Zentrumspartei des Saargebietes.
Die Deutsch-Saarländische Volkspartei.

Die Regierungskommission hat beschlossen, am Dienstag morgen um 9 Uhr ein feierliches Seelenamt für den Verstorbenen in der Pfarrkirche St. Johann lesen zu lassen.

Die Regierungserklärungen im Reichstag.

Präsident Wallraf erteilt dem Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Marx

wird von den Kommunisten wiederum mit den Rufen empfangen: Amnestie, Herr Reichskanzler! Die Rufe verstummen aber nach einigen Minuten, und der Kanzler nimmt u. a. zu folgenden Ausführungen das Wort:

Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzulegen und Ihre Zustimmung zu den Londoner Beschlüssen und zu den zu ihrer Durchführung erforderlichen Gesetzen zu erlangen. Die in London gefaßten Beschlüsse bestimmen, in welcher Weise das Gutachten der Sachverständigen seine Durchführung finden soll. Unsere heutige Beschlußfassung, die die Ermächtigung zur Durchführung des Gutachtens und zur endgültigen Annahme jener Lasten sowie zur Einführung jener in die deutsche Verwaltung und das deutsche Finanz- und Wirtschaftswesen so tief eingreifenden neuen Institute bedeutet, hat somit eine weitergehende Bedeutung als jene Beschlußfassung, die das Dawesgutachten als Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems annahm. Jetzt handelt es sich darum, den Gesetzentwürfen zuzustimmen, die tiefgreifende organisatorische Aenderungen im Deutschen Reiche bedingen, Veränderungen, die in einem Punkte sogar eine Abweichung von den Bestimmungen der Reichsverfassung erfordern. Das Gutachten der Sachverständigen ist für das ganze deutsche Volk in seinem innersten Wesen ebensowenig erfreulich wie der uns auferlegte Versailler Vertrag. Die Aufgabe der Reichsregierung und der Delegation in London bestand nur darin, Milderungen dieser Lasten zu erstreben und Bedingungen und Verhältnisse zu schaffen, um die Durchführung des Gutachtens in einer für die Lebensnotwendigkeiten und die nationale Würde des deutschen Volkes erträglichen Weise zu gewährleisten. Ohne den Ausführungen der Fachminister und der Kritik des Hauses vorgreifen zu wollen, glaube ich feststellen zu dürfen, daß die deutsche Delegation in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand, in mancher Hinsicht aber eine **Verbesserung** erreicht hat. Als wir nach London kamen, fanden wir eine in mehrwöchigen Verhandlungen zustandegekommene abgeschlossene Arbeit der alliierten Mächte vor. Die uns vom Vorsitzenden der Londoner Konferenz gleich bei unserer Ankunft übergebenen Beschlüsse der Alliierten stellen, wie Sie wissen, ein mühsam zustandegekommenes Kompromiß der Alliierten dar. Aber trotzdem haben wir uns nicht einen Augenblick besonnen, mit aller Entschiedenheit und Offenheit die deutschen Bedenken und Ausstellungen an den gefaßten Beschlüssen vorzubringen. Erstmalig seit Beendigung des Krieges haben wir in gleichberechtigter Verhandlung unsere Gegenvorschläge mit den Delegationen der alliierten Mächte besprechen können. Die von uns vorgebrachten Einwendungen waren zahlreich und zum Teil tief in die vorliegenden Beschlüsse eingreifend. Ein großer Teil unserer Gegenvorschläge wurde von den Alliierten als berechtigt angesehen, und als Abänderungen der gefaßten Beschlüsse angenommen. Es ist mir ein Bedürfnis, auch an dieser Stelle die objektive und unparteiische Leitung der Konferenz durch den englischen Ministerpräsidenten anzuerkennen. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß der in einem Teil der Presse erhobene Vorwurf, daß der deutschen Delegation in London ein Ultimatum gestellt oder ein Diktat vorgelegt worden sei, durchaus unbegründet ist. Wir setzten durch, daß in London über die militärische Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete verhandelt wurde, obwohl vor unserer Abreise noch in diesem Hause Zweifel darüber geäußert wurden, ob eine Verhandlung über diese Frage überhaupt möglich sein würde. Es ist uns nicht gelungen, die alsbaldige militärische Räumung der nach unserer Ueberzeugung vertragswidrig besetzten Gebiete innerhalb der vom deutschen Volke erwarteten kurzen Frist zu erreichen. Unsere Rechtsauffassung wird nach wie vor auch von der englischen Regierung geteilt. Wenn wir uns trotzdem in dieser Frage mit geringen Zugeständnissen abgefunden haben, so zwang uns dazu die Erkenntnis, daß wir bei Ablehnung des Zugestandenen eine große Anzahl unserer bedrängten Volksgenossen um die Hoffnung auf baldige Befreiung betrogen und darüber hinaus das wirtschaftlich günstige Ergebnis der Londoner Konferenz überhaupt ernsthaft gefährdet hätten.

Daß die deutsche Regierung die getroffene Regelung der Ruhrfrage nicht als endgültig betrachtet und vielmehr es als ihre erste Aufgabe betrachtet, die von Herriot in Aussicht gestellte schnelle und vollkommene Räumung des Ruhrgebiets zu erreichen, ist selbstverständlich.

Wer vor seinem Gewissen und vor dem deutschen Volke es verantworten zu können glaubt, in dieser Stunde der Entscheidung über Deutschlands Zukunft auf Jahre hinaus die Durchführung des Sachverständigenberichts und der Londoner Vereinbarungen zu verhindern, der hat die ernste und heilige Pflicht, in dieser Stunde und an diesem Ort einen andern Weg zu weisen, der unser Volk aus seiner Wirtschafts- und Finanznot hinausführen kann und uns die Befreiung der besetzten deutschen Lande sichert. Dieser Weg muß aber auch gleich beschritten werden können und muß kurz sein, sonst wird er Deutschland ins Verderben führen, denn eine Ablehnung des Londoner Vertrages bedeutet zunächst jedenfalls die Zerstörung all der Hoffnungen, die das deutsche Volk und insbesondere unsere Brüder im besetzten Gebiet hegen. Industrie und Landwirtschaft werden noch mehr unter der Kreditnot zu leiden haben und ob unsere bisher mühsam gehaltene Währung nicht einem Verfall entgegentreibt, ist eine bange Frage. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit aber ist eine sichere Folge. Der furchtbare Druck wird auf dem besetzten Gebiet unvermindert weiter lasten. Hunderte gefangener Deutscher, die sich für ihr Vaterland eingesetzt haben, werden weiter in den Gefängnissen schmachten. Vielen Tausenden von Ausgewiesenen, wird die Rückkehr in die Heimat weiter verwehrt bleiben. Die Entscheidung des Reichstages wird für Deutschland Segen oder Fluch. Das ganze deutsche Volk, die ganze Welt richtet ihre Augen auf uns. Das besetzte Gebiet, dem unsere allerheißesten Wünsche gelten, hat seinen Willen uns kundgetan. Seine Hoffnung ist erwacht. Sie darf nicht betrogen werden.

Hierauf erhält

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort. Der Kampf um die Befreiung ist mit London nicht beendet, sondern er hat damit begonnen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die deutsche Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, auf eine Beschleunigung der Räumung hinzuwirken. Sie handelt dabei nicht nur im Einklang mit dem bekannten Briefwechsel Macdonalds, sondern auch mit den Erklärungen Herriots. Es ist ganz falsch zu behaupten, das Ruhrgebiet bliebe noch ein ganzes Jahr besetzt. Es ist ein unbestreitbarer Erfolg, daß ein ganz bestimmter Endtermin für die Besetzung erreicht wurde. Von den Leuten, die das erreicht haben, sollte man nicht mit den Worten der „Pommerschen Tagespost" sagen: Los von den Landesverrätern! (Entrüstete Kundgebungen bei der Mehrheit.) Die Machtbefugnisse der Reparationskommission, unter denen Deutschland so schwer gelitten hat, sind seit London durchaus verändert. Frankreich hat dort nicht mehr die entscheidende Mehrheit. Die Zuziehung eines Amerikaners ist deshalb auch für uns von Bedeutung, weil der Gläubigerstaat Amerika auch ein wirtschaftliches Interesse an dem Wohlergehen seines Schuldners Deutschlands hat. (Zustimmung.) In der Sanktionsfrage sind wesentliche Erleichterungen für uns erlangt worden. Ein großer Fortschritt ist die Durchsetzung des Schiedsgerichts für alle diese Fragen. Das ist ein ganz anderer Geist, als der Geist des Diktats, unter dem wir uns bisher befunden haben.

Die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die politisch meist weit rechts stehen, haben sich gewiß nicht aus Gefühlsgründen für die Dawesgutachten ausgesprochen, sondern weil der Verstand es ihnen gebot.

Von Versailles bis London war ein weiter Weg, der demütigend genug war und dessen Schluß der Anfang einer Entwicklung sein soll, deren Ziel das Ende der nationalistischen Isolierung und der Beginn einer neuen Aera der Verständigung der Völker ist.

Von Nah und Fern.

)(Diefflen. Der hiesige kathol. Arbeiterverein feiert am 12. Oktober sein 40jähriges Bestehen. Nach Roden (10. Aug.) und Dillingen (14. Sept.) soll der Dieffler Tag der 3. Treffpunkt der kath. Arbeitervereine sein. Dreimal Heeresschau der kath. Arbeiter, dreimal offenes Bekenntnis der kath. Grundsätze, dreimal Erneuerung der Arbeitervereinsideale, das muß unsere kath. Sache vorwärts bringen! Herr Prälat Domkapitular Anheier-Trier, der Gründungspräses des Dieffler Arbeitervereins, hat bereits sein Erscheinen in sichere Aussicht gestellt. Im übrigen sind die Vorbereitungen zum Feste in sichere Hände gelegt.

)(Diefflen. Der Anbau des hiesigen Klosters der Schwestern vom kostbaren Blute ist nunmehr auch im Innern fertiggestellt. Den Neubau, den Herr Bauunternehmer Schwarz nach Abbruch des alten durch Brand beschädigten Gebäudes erstellte, enthält je einen Saal für die in Aussicht genommene Nähschule der Schwestern sowie ein Bügelzimmer. Außerdem haben die Schwestern ein kleines Altersheim für alleinstehende Männer und Frauen eingerichtet. 2 Männer und 4 Frauen, auch 2 Waisenkinder können noch aufgenommen werden.

)(Merzig. Gelegentlich der Ausstellung in Merzig ist auch ein großes Schaufahren mit landwirtschaftlichen Fuhrwerken in Aussicht genommen, mit dem eine Prämienverteilung verbunden wird. Für die Preisverteilung sind folgende Merkmale von Bedeutung: Zustand des Wagens, der Tiere, des Gespanns und Geschirrs, Geschicklichkeit im Anschirren, Fahren sowie Lenkkunst. Sämtliche für die Landwirtschaft sowie für die verschiedensten Berufszweige in Frage kommenden Fuhrwerke sind an dem Preiswettbewerb zugelassen. In Frage kommen sämtliche Gespanne bis zum Viergespann.

)(Saarburg (Bez. Trier). Dem Seniorchef der hiesigen Glockengießerei Mabilon u. Co. Wilhelm Hausen-Mabilon, ist von Sr. Heiligkeit Papst Pius XI. der Orden Pro Ecclesia et Pontifice verliehen worden. Glockengießermeister Hausen begeht im Herbste d. J. sein goldenes Berufsjubiläum.

:!: Saarbrücken. Ehrung des Professors Dr. Ruppersberg durch die Stadtverwaltung. Professor Dr. h. c. Ruppersberg wurde an seinem 70. Geburtstage durch den ersten Beigeordneten Hobohm, als stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Saarbrücken, eine künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunde überreicht, die folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Professor!

Zur Vollendung Ihres 70. Lebensjahres spreche ich Ihnen namens der Stadt Saabrücken die herzlichsten Glückwünsche aus. Mit diesen Wünschen verbinde ich den Ausdruck des Dankes für die großen Dienste, die Sie in 15jähriger Tätigkeit der Stadt als Stadtverordneter geleistet, und die Sie durch die Erforschung und Schilderung ihrer Geschichte in jahrzehntelanger wissenschaftlicher Arbeit noch vermehrt haben. Sie haben Ihren Namen auf das Engste mit dem der Stadt Saarbrücken verknüpft. — Mögen Sie in dem Bewußtsein, daß Sie als Lehrer unserer studierenden Jugend, als Bürger und als Gelehrter treu und erfolgreich über Ihre Pflicht hinaus gewirkt haben, einen noch langen und frohen Lebensabend in Gesundheit genießen! Das ist der Wunsch Ihres ergebensten

Bürgermeisters der Stadt Saarbrücken:

Dr. Neikes.

)(Düsseldorf. Die Oelmühlen von Wehrhahn in lodernden Flammen. Lange Zeit schien es unmöglich, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Durch das pünktliche Eingreifen verschiedener, vor allem auch der Düsseldorfer und Kölner Feuerwehr, gelang es, den Brand einzudämmen. Ob dies für die Dauer gelingt, hängt von der Gunst des Windes ab. Ein bedauerliches Zeichen der Zeit ist es, daß unter dem Vorwande, helfen zu wollen, üble Elemente Plünderungen begingen. Nach heftigem Handgemenge wurden die Täter festgenommen.

Kirche und Schule.

Diözesan-Pilgerfahrt nach Kevelaer.

Die für die Zeit vom 6. bis 8. September vorgesehene Pilgerfahrt nach Kevelaer kann zu dem früher schon mitgeteilten niedrigen Preise von

Goldmark 23.— für die 4. Wagenklasse
Goldmark 30.— für die 3. Wagenklasse
Goldmark 40.— für die 2. Wagenklasse
einschl. guter Verpflegung in Kevelaer

ohne die in der Zwischenzeit erfolgte 60prozentige Erhöhung ausgeführt werden. Es bietet sich damit allen Teilnehmern eine niemals wiederkehrende Gelegenheit, so billig nach dem Gnadenort zu gelangen. Wer also fast um die Hälfte der Fahrpreise an dem Pilgerzug sich beteiligen will, der beeile sich, sofort bei dem Oberpostsekretär Herrn Maurer, Trier, Bergstraße 61, noch zu melden, da nach Abschluß dieser Anmeldungen beurteilt werden kann, ob der Sonderzug, der 14 Tage vor der Abreise bestellt werden muß, stattfindet oder nicht. Die Geldbeträge brauchen erst am 2. September vorzuliegen.

Sport und Spiel.

2. Sportwerbetag Saarlouis-Roden 1924.

Der 6. und 7. September rückt immer näher, die Mitglieder von Saar 1910 sind trotz Unbilden der Witterung bei Tag und sogar Nachtstunden eifrig beschäftigt, den Sportplatz „Bins" spielfähig zu zu gestalten. Ein schönes Stück Arbeit, das nach vollbrachter Schicht im Interesse des Sportes geleistet wird.

Das Programm für den Sportwerbetag ist soweit festgelegt. Samstag abend 7,30 Uhr Fackelzug beginnend bei der Restauration Boudier, Herrenstraße, — wie farbenprächtig war voriges Jahr der ca. 1000 Mann starke Lampionzug. Anschließend Kommers, zu welchem die geistlichen und weltlichen Behörden eingeladen sind.

Sonntag morgen 8 Uhr Weckruf. 8 Uhr Aufstellung zum Rodener Lauf. 3300 Meter. Den Wanderpreis verteidigt Sport-Club Saar 1910, während die übrigen vier Vereine mit ihm um die Siegespalme kämpfen.

Ein spannender Kampf steht zu erwarten. Start: Röderberg. Ziel: Vereinslokal Boudier, Ecke Heiligenstraße. Nach dem Laufe geschlossener Abmarsch der 3- und 4-Kämpfer mit Musik zum Festplatz „Bins" am Staatsbahnhof. Dortselbst werden die Radfahrer zu einem kleinen Rennen abgelassen. Start und Ziel: Restauration Karl Rupp, Rodener Schanze. Sofortiger Beginn der 3- und 4-Kämpfe auf dem Platze. Nachmittags 1 Uhr Abmarsch der Gepäckmarschteilnehmer. Aufstellung des Festzuges durch den Ort bei Boudier, Herrenstraße zur Bins. Dortselbst Einzelläufe, Staffetten 4 mal 100, 10 mal 80 Meter, Fuß- und Handballspiele, Aufführungen des Turn- und Athletenvereins usw. Konzert während der Veranstaltungen.

8 Uhr Preisverteilung bei Boudier, dort und bei Ripplinger Ball. Es ist nachzutragen, daß bei den Preiskämpfen nur Mitglieder der Rodener Sportvereine sich beteiligen dürfen, während beim Gepäckmarsch jeder Rodener Bürger mitmachen kann. Die Preise sind im Zigarrenhaus Scheer, Loristraße, ausgestellt

Eingesandt.

Für Form u. Inhalt der unter dieser Rubrik veröffentlichten Zuschriften übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung).

Der Streit zwischen Roden und Saarlouis. Eine Bekanntmachung des Herrn Bürgermeisters. — Das Rodener Wasserwerk und der Stadtratsbeschluß vom 15. Mai 1924.

In den hiesigen Zeitungen Nr. 182 hat Herr Bürgermeister Dr. Latz eine Bekanntmachung erlassen, in welcher die Rodener Wasserverbraucher aufgefordert werden, den von den 18 Saarlouiser Stadträten am 15. Mai 1924 für das Rodener Wasserwerk festgesetzten Preis von 0,50 Frs. pro Kubikmeter zu zahlen. Der Herr Bürgermeister sagt in der Bekanntmachung weiter, daß eine Anzahl Wasserkonsumenten die Zahlung ohne Angabe einer Ursache verweigerten. Dies trifft nicht ganz zu. Der Herr Bürgermeister befindet sich u. E. in einem Irrtum. Mit Schreiben vom 20. Juni 1924 hat eine große Anzahl Rodener gegen die Erhöhung des Wassergeldes von 25 auf 50 Cts. Einspruch erhoben; dies muß u. E. dem Herrn Bürgermeister doch bekannt sein. In diesem Einspruch sagten die Rodener, daß sie die Saarlouiser Herren als Vertreter von Roden, insbesondere des Rodener Wasserwerks nicht anerkennen würden. Weiter wurde in dem Schreiben angeführt, daß das Rodener Wasserwerk seit der Verwaltung durch die Stadt Saarlouis unwirtschaftlich belastet wird. Auf diesen Einspruch ist den Rodenern weder von seiten der Stadtverwaltung noch des Herrn Bürgermeisters eine Antwort geworden.

Nicht ohne Angabe einer Ursache, Herr Bürgermeister, verweigern die Rodener Wasserabnehmer die Zahlung des erhöhten Wassergeldes.

Da die Rodener Sache mit dieser Bekanntmachung und diesem Eingesandt in die Oeffentlichkeit gekommen ist, halten es die Rodener für erforderlich, einen Schritt weiter zu tun. Im Einigungsvertrage bezw. Nachtragsvertrage zwischen Roden und Saarlouis ist festgelegt worden, daß die im Nachtragsvertrage angeführten Straßen u. dergl. Bauarbeiten bis zum Jahre 1914 fix und fertig sein sollten. Was hat nun Saarlouis getan? Bis heute ist der weitaus größte Teil dieser durch den Nachtragsvertrag festgelegten Pflichten und Abmachungen nicht ausgeführt. Der Unterzeichnete weiß sich genau zu erinnern, daß, sollte etwas für Roden gemacht werden, die Saarlouiser Herren immer mit Einwendungen bei der Hand waren; entweder war kein Material zu haben oder die Witterung war zu der Ausführung nicht geeignet.

Man ist beinahe versucht, an eine absichtliche Boykottierung des Nachtragvertrages seitens der Stadt Saarlouis Roden gegenüber zu glauben.

Roden ist ein Ort mit etwa 9000 Einwohnern. Im Vereinigungsvertrage zwischen Roden und der Stadt Saarlouis ist ein Paragraph 11 festgelegt, daß mit dem 1. April 1922 die Trennung in zwei Wahlbezirke fortfällt und von da ab nur ein Wahlbezirk und eine Wählerschaft besteht.

Trotz dieser sehr klaren Abfassung, daß vom 1. April 1922 nur mehr ein Wahlbezirk und eine Wählerschaft bestehe, haben Saarlouiser Herren es zustande gebracht, daß die Saarregierung durch eine Wahlordnung die Stadt Saarlouis wieder in zwei Wahlbezirke getrennt und die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten auf 12 zu 18 festsetzte.

Hierdurch ist der schon bekannte Streit zwischen Roden und Saarlouis entstanden.

Durch Erlaß dieser Wahlordnung ist nach dem Dafürhalten der Rodener Wähler Roden der einzige Ort im Saargebiet und Deutschland, dem das freie, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf Grund der Verhältniswahl vorenthalten wird.

Im Auftrage mehrerer Wasserabnehmer von Roden.

Der Silberschrein des Freigrafen Gerh. Hennecke

Kriminalroman von A. Klein-Rossell.

Alle Rechte vorbehalten. Copyright 1919 by Robert Lutz in Stuttgart.

2) (Nachdruck verboten.)

Die Gesellschaft ist neu und braucht Reklame, raunte der Verdacht. Ihre Wächter stehen Schmiere.

Sein ehrliches Empfinden wehrte sich zwar gegen solche Unterstellungen, und er hatte auch noch nicht das geringste in dieser Richtung unternommen, aber sie kamen hartnäckig wieder. Dann ging der Kampf gegen sie von neuem los, bis es ihm schmerzhaft im Kopfe bohrte und hämmerte.

Eine andere Spur war ja nirgends zu entdecken.

Greve gab sich einen Ruck. Zum zweiten Male sah er nach der Uhr.

„Leontine!" Nun klang es schon recht unwillig.

„Da bin ich ja schon, Väterchen!" rief die lachende Stimme. „Hat es denn so lange gedauert?"

Aus dem Gesicht des Kommissars war der unwillige Zug ebenso verschwunden wie aus dem Kopfe der Gedanke an das gestohlene Silbergeschirr. Mit einem stolzen Leuchten in den Augen schaute er auf seine Tochter, während ein vergnügtes Schmunzeln sich unter dem buschigen Schnurrbart hervorstahl.

Und der Stolz dieses Vaters war gewiß berechtigt. Vor ihm stand eine gertenschlanke Gestalt, die nur wenig kleiner war als er, in einem blaßgelben Seidenkleid, das ihre weichen Formen zur entzückenden Geltung brachte und vortrefflich zu dem reichen kastanienbraunen Haar und der leicht rosig angehauchten Gesichtsfarbe paßte. Als einzigen Schmuck trug sie eine Teerose im Haar und eine andere auf der Brust, mit der die blendende Weiße der Haut zu wetteifern schien.

„Jetzt wird es aber Zeit", sagte er. „Wir kommen gewiß zu spät zu Kommerzienrats."

„Ich bin ja auch fertig — pfui Vater!" rief sie plötzlich und hielt ihm das linke Bruststück seines Fracks unter die Nase. Dann lief sie davon, um nach wenigen Sekunden mit einer Bürste zurückzukommen, und während sie nun die Reinigung vornahm, schalt sie in einer so liebenswürdigen Art, daß mancher ihrer Verehrer gewiß viel darum gegeben haben würde, wenn er der Gegenstand dieser Entrüstung hätte sein können.

Es war ein prachtvoller Herbstabend. Eine weiche Luft lag über der nur mäßig belebten Dreieichenstraße. Vater und Tochter schritten rüstig und plaudernd dahin, und waren gerade im Begriff, in den vornehmen Königswall einzubiegen, als sie ein Wagen überholte, dessen Insasse höflich grüßend den Hut zog.

„Wer war das?" fragte Greve, der dem Wagen seine Aufmerksamkeit erst zuwendete, als er schon vorbeigerollt war.

„Der Herr Baron von Hartungk!" Das junge Mädchen sprach den Namen mit einer übermäßig erkünstelten Wichtigkeit aus.

„Er scheint dir nicht sonderlich zu gefallen", bemerkte der Vater lächelnd. „Und dabei habe ich bemerkt, daß du gerade in der letzten Zeit Gegenstand seiner besonderen Aufmerksamkeit bist."

Sie machte, ohne stehen zu bleiben, einen tiefen Knix. „Ich bin außerordentlich erkenntlich dafür, daß das Einglas sich neuerdings huldvollst mit mir zu beschäftigen geruht."

„Kind, Kind!"

Nun wurde auch das Mädchen ernst. „Hältst du denn so große Stücke auf ihn, Vater?" fragte sie etwas beklommen.

„Ich achte ihn, Leontine, ohne deshalb seine Schattenseiten zu verkennen. Auch ich würde das Gesicht ohne das Einglas, das man in unserem Westfalenlande glücklicherweise noch sehr selten sieht, viel angenehmer finden. Aber er ist nun einmal in den Ueberlieferungen eines alten Geschlechts aufgewachsen und kommt obendrein aus Rußland, wo der Unterschied zwischen Herr und Knecht ein ganz anderer ist als bei uns und viel sinnfälliger in Erscheinung tritt. Gerade bei ihm muß ich aber anerkennen, daß er auch Verständnis für das Neue, Werdende hat. Er könnte auf den Gütern seines Vaters wie ein Fürst leben oder gleich andern Adligen seine Jugend in der Armee vertollen. Statt dessen hat er das mühselige Bergfach ergriffen und stellt der „Barbara-Tiefbau" seine Arbeitskraft für das übliche Spottgeld zur Verfügung, das der Assessor jeglicher Fakultät bei allen Verwaltungen erhält."

„In unserem Falle ist diese Uneigennützigkeit aber doch nur das Sprungbrett zum Direktor."

„Ja, aber du darfst nicht vergessen, daß Herr v. Hartungk nicht an den realen Hintergrund eines solchen Postens zu denken braucht. Er ist reich genug, um auf den Erwerb verzichten zu können."

„Der reine Musterknabe."

„Er ist mir in der Tat nicht unangenehm."

„Mir ist er zu hochmütig. Der dreiste Blick durch das Einglas geht mir auf die Nerven."

„Andere Länder, andere Sitten. Eigentlich müßte man sagen: andere Stände, andere Sitten. Die Triebfeder ist im Grunde überall die gleiche. Wir Westfalen aus den alten, durch die Jahrhunderte und alle Verwicklungen hindurch frei gebliebenen Familien hängen genau so starrköpfig am Hergebrachten, und dünken uns nicht schlechter als der Adel, sondern besser. Das äußert sich hier nur anders als dort. Was uns absonderlich erscheint, ist für jene das Natürliche. Und wir hier im Industriegebiet stehen auch noch nicht am Abschluß einer Entwicklung, sondern mitten darin. Bei uns beherrscht noch die Arbeit das Leben, noch nicht die verfeinerte Form."

(Fortsetzung folgt.)

Nach Verlesung der Denkschrift, die mit lebh. Zustimmung aufgenommen wurde, verlangte Stadtv. Fourman Vertagung, damit den Stadtverordneten Gelegenheit geboten sei, sich mit der Denkschrift eingehend zu befassen. Nachdem Herr Bürgermeister und einige Abgeordneten Gegengründe geltend gemacht hatten, die besagten, daß die Denkschrift nur Richtlinien gebe und sich in den Details durchaus nicht festlege und daß zudem die Dringlichkeit der Frage eine Vertagung nicht angängig erscheinen lasse, zieht Herr Stadtv. Fourman seinen Antrag zurück. Die Sitzung setzt darauf eine Viertelstunde aus. Nach Wiederzusammentritt folgt

die Ausführung des Herrn Merziger.

Meine Herren! Ich hatte in der kurzen Zeit meiner Zugehörigkeit zur Wohnungs-Zuteilungs-Kommission Gelegenheit, einen Einblick in die Wohnungsverhältnisse zu nehmen und halte mich verpflichtet, von dieser Stelle aus einen dringenden Hilferuf an alle maßgebenden Stellen zu richten; insbesondere möchte ich die Aerzte und Geistlichkeit dringend bitten, sich dafür einzusetzen, daß diesen trostlosen Zuständen ein Ende bereitet wird. Die Wohnungsnot hat sich inzwischen zu einer wahren Volksgeißel herausgebildet. Sie beeinflußt das Wohlergehen der Bevölkerung, ohne daß es bisher gelungen wäre, diesem Uebel wirksam zu begegnen. Die Wohnungsnot beschäftigt zur Zeit die gesamte Oeffentlichkeit. Die Vertreter der Kommunen, sowie der Wirtschaftsverbände bringen diese Frage in zahlreichen Resolutionen und Hilferufen mit immer größerer Heftigkeit und Dringlichkeit zur Sprache; eine ernsthafte Anstrengung zur Behebung dieser Volksnot ist indessen bisher noch nicht unternommen worden. Warum setzt die öffentliche Hilfe nicht ein? Diese Frage erheben mit Berechtigung alle die bedauernswerten Menschen, die zur Zeit in direkt menschenunwürdigen, allen hygienischen Anforderungen Hohn sprechenden Räumen ihr Dasein fristen müssen. Wieviel an Volksgesundheit verloren geht und wieviel Not und Elend, körperlichen und moralischen Schäden durch die Wohnungsnot verursacht werden, läßt sich nicht annähernd feststellen. Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis betrachtet es als ihre Pflicht, die Oeffentlichkeit auf diese Schäden aufmerksam zu machen. Sie bittet alle maßgebenden Stellen, sich dafür einzusetzen, daß dieser bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Volksnot gesteuert wird. Sie bittet insbesondere das Stadtverordnetenkollegium alles aufzubieten, was in seiner Macht steht, damit endlich eine ernsthafte Anstrengung zur Behebung der Wohnungsnot gemacht wird. 483 Wohnungen mit 1511 Räumen fehlen der Stadt Saarlouis. Wo bleibt die staatliche Hilfe? Hat sich die Saarregierung schon einmal Rechenschaft darüber gegeben, was solche Zustände bedeuten?

Zweifellos müßte die Behebung dieser Volksnot eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben einer ihrer Verantwortung bewußten Regierung sein. Wir müssen indessen mit Befremden feststellen, daß unsere Regierung auf diesem wichtigen Gebiete der Volksfürsorge fast völlig versagt, zumal die Erfolge des Wohnungsbauverbandes in Anbetracht der großen Ausdehnung des Uebels mehr als bescheiden sind. Die Wohnungsnot ist in keiner Großstadt Deutschlands so drückend, wie gerade in unserer Stadt und die Regierung hat bisher herzlich wenig zur Behebung dieser Wohnungsnot getan. Im Gegenteil, die Beschlagnahmung für Beamte, Militär und Ausländer ist hier ebenso rücksichtslos durchgeführt worden, wie überall im Saargebiet und doch wäre gerade für Saarlouis bei gutem Willen leicht Abhilfe zu schaffen. Wenn man den Gründen nachspürt, die das Versagen der Regierung auf diesem wichtigen Gebiete der Volksfürsorge verschulden, kommt man zu eigenen und einzigartigen Ergebnissen. Zunächst ist einmal die Tatsache zu verzeichnen, daß die Regierung fast achtlos an diesen Dingen vorübergeht. Dem Unbefangenen drängt sich der Gedanke auf, daß die Regierung über dem geschäftigen Eifer, den sie für alles das an den Tag legt, was mit französischen Interessen zusammenhängt, die wirkliche Not des ihr anvertrauten Landes vollkommen übersieht. Wie ist es zu verstehen, daß sie nicht durch Bereitstellung der vielen unbenutzten Kasernen hier in Saarlouis wenigstens ihren guten Willen zeigt. Wie ist es sonst zu verstehen, daß sie so bereitwillig sich für die Ermäßigung der Kohlensteuer zu Gunsten des Auslandes einsetzte, zumal die Einnahmen aus der Kohlensteuer genügt hätten, die Wohnungsfrage im Saargebiet zu lösen. Wie kann es von der Regierung geduldet werden, daß für hochbezahlte Beamte und Offiziere sozusagen Reservewohnungen auf amtlichem Wege bereitgestellt werden. Wie ist es ferner zu verstehen, daß die Regierung nach bisher unwidersprochenen Aeußerungen im Landesrat große Geldsummen den von ihr bevorzugten Banken zu einem außerordentlich mäßigen Zinsfuß zur Verfügung stellt zu einer Zeit, wo die Kommunen kein Geld bekommen können, um ihren verfallenen Verpflichtungen nachzukommen und infolgedessen Handwerker und Unternehmer auf das Empfindlichste schädigen. Wenn es Tatsache ist, daß sich nur französische oder französisch eingestellte Banken in dieser einträglichen Gunst der Regierung sonnen dürfen, dann ist erwiesen, daß die Regierung des Saargebiets die Interessen des Landes nicht in dem Sinne vertritt, wie sie ihr vom Völkerbund übertragen wurden. Der schärfste Protest muß dagegen erhoben werden. Wie ein Mann muß hier das Saargebiet protestieren und zwar so, daß unser Protest in Genf laut und vernehmlich gehört wird.

Der Friedensvertrag, derselbe Vertrag, der von seinen Urhebern als heilig bezeichnet wird, besagt unter Paragr. 16 über das Saargebiet, die Regierung des Saargebietes wird einer Kommission anvertraut, die den Völkerbund vertritt. Ich lege besonderen Wert auf das Wort „anvertraut". Aus diesem Wort klingen die hohen Ideale des Völkerbundes. Unsere Regierung hatte die schöne Aufgabe, diese Ideale, mindestens soweit das Saargebiet in Frage kommt, in die Wirklichkeit umzusetzen. Hat sie das bisher getan? Hatte sie bisher das Vertrauen des Landes? Ist fast nicht jedem Bürger des Saargebietes das Gegenteil innerste Ueberzeugung. Den bisherigen Erfolg der Regierung kann man in einem einzigen Satze zusammenfassen: Die Ausbeutung des Saargebietes ist in vollem Zuge. Wir sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Wir wollen hoffen, daß es besser wird und daß die Regierung sich auf ihre Verpflichtungen dem Lande gegenüber besinnt. Wir fordern von der Regierung, daß sie endlich auch die Interessen des Landes wahrnimmt und zwar an erster und nicht an dritter Stelle. Wir fordern insbesondere, daß sie durch Bereitstellung der Kasernen hier in Saarlouis die Wohnungsnot beseitigt; man sollte meinen, daß sich dies von selbst verstehen würde und daß es dazu nicht eines Antriebs von uns bedarf.

Herr Koßmann hat vor Kurzem gesagt, daß erhebliche Summen für den Wohnungsbau bereitgestellt würden. Wir freuen uns, daß Herr Koßmann sich dieser Frage angenommen hat, wir bitten ihn aber auch von dieser Stelle aus, dafür einzutreten, daß die Kasernen schnellstens freigegeben werden, damit die schlimmsten Uebel in der Wohnungsnot beseitigt werden können. Sodann bitten wir Herrn Koßmann, sich dafür einzusetzen, daß die Bevorzugung in der Wohnungszuweisung aufhört. Vor dem Gesetze muß alles gleich sein. Ich bin der Auffassung, daß auch die Not des Landes gleichmäßig von allen Bewohnern getragen werden muß. In einem Staate, wo dies nicht zutrifft, ist es faul. Wir haben kein Verständnis für die bisherigen Gepflogenheiten, wonach die Tätigkeit der Regierung sich hauptsächlich darauf beschränkte, für Beamte, Militär und Ausländer die besten Wohnungen zu beschlagnahmen. Wann hören diese Eingriffe in das private Eigentum auf? Wäre die Regierung nicht verpflichtet, wenigstens für ihre Beamte Wohnungen aus Staatsmitteln zu beschaffen? Statt dessen verfügt sie rücksichtslos über das private Eigentum, entzieht den Bürgern den ohnehin knappen Wohnraum und bringt dadurch Land und Leute in die verzweifeltsten Lagen. Wir wollen hoffen, daß hier eine Aenderung eintritt, denn alles, was Menschenantlitz trägt, hat Anspruch auf eine menschenwürdige Wohnung.

Alsdann wäre dringend zu wünschen, daß die maßgebenden Regierungsstellen unseren Anregungen und den Anregungen, die die wirtschaftlichen Verbände zur Behebung der Wohnungsnot gemacht haben, endlich Rechnung tragen. Ich darf darauf hinweisen, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe drei Monate für die positive Bearbeitung der Wohnungsfrage herausgearbeitet hat. — Die Ueberwindung der Geld- und Kreditnot — die allgemeine Wiedereingliederung der Wohnungsmiete in die Preisbildung der Wirtschaft — die Bereitstellung von Hypothekar-Kredit zu ermäßigten Zinssätzen für die Errichtung von Mehretagenhäusern. — Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und die allmähliche Eingliederung der Mietpreise in den volkswirtschaftlichen Preisbildungsprozeß ist, dies wird von allen Praktikern anerkannt, Voraussetzung für die Belebung des Wohnungsbaues. Die Gesetze der Wirtschaft werden sich nach den unzureichenden Ergebnissen der Wohnungszwangswirtschaft durchsetzen müssen. Tatsache ist jedenfalls, daß bei Beseitigung der Zwangswirtschaft viele Wohnungen frei würden, da bei normaler Miete sich jeder so gut als möglich einschränken würde. Vor allem müßte die freiwillige Vermietung von Räumen, die sich jetzt im Besitze von Mieter und Vermieter befinden, aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden. Wer sich vorübergehend einschränkt und Räume frei macht, muß die Gewähr haben, sie bei Wiederbedarf zurückzuerhalten. Das starre System der Zwangswirtschaft unterbindet jeden Spielraum und verursacht ebenso unsinnige wie heftige Reibungen in der Maschinerie des Wohnungswesens. Ferner müßten die wohlhabenden Mieter zum Bauen gezwungen werden. Wie weit die Verwirrung in den Köpfen einzelner Mieter geht, beweist ein Fall, wo ein Mieter, der ein Auto besitzt und in ausgezeichneten Verhältnissen lebt, für die Räumung seiner Wohnung 20 000 Franken vom Hausbesitzer forderte. Diese Verwirrung verschuldet in der Hauptsache die Regierung durch ihre unsinnige Wohnungspolitik. Vor allem müßte doch die Regierung selber durch ausreichende Besoldung ihre Beamten und Angestellten befähigen, für die Inanspruchnahme des privaten Eigentums eine gerechte Entschädigung zu bezahlen. Ich möchte bezweifeln, ob eine Regierung, die es fertig gebracht hat, sich und ihren Anhang getreu nach dem Spruch „der brave Mann denkt an sich zuerst" 25 Prozent Gehaltserhöhung zu bewilligen, dagegen dem Gros der Beamten nur 8 Prozent zubilligte, soviel soziales Verständnis besitzt, um die Ungerechtigkeit gegenüber dem Hausbesitz zu erkennen. Diese meine Meinung wird bestärkt durch die Tatsache, daß eben die Nutznießer der 25-prozentigen Gehaltserhöhung, die man doch wohl nicht zu den minderbemittelten Mietern rechnen kann, die Wohltaten der Wohnungszwangswirtschaft als selbstverständliche Zugaben für sich in Anspruch nehmen. So z. B. bewohnt ein Richter vom Obersten Gerichtshof in Saarlouis ein schönes großes Haus, das beschlagnahmt wurde. Der Vermieter wurde dadurch gezwungen, sich eine bescheidene Wohnung in einem beschlagnahmefreien Hause für monatlich 500 Franken zu mieten. Der Herr Oberrichter vergütet großmütig für das ganze herrschaftliche Haus nebst großem Garten etwa 200 Franken monatlich, sodaß also der Besitzer 300 Franken drauflegen und außerdem noch sein für das Haus aufgewandtes Kapital verzinsen darf. Einem anderen Oberrichter sind zwei Wohnungen, eine in Saarlouis und eine in Saarbrücken zugebilligt worden; für einen weiteren Oberrichter waren jahrelang zwei Wohnungen beschlagnahmt. Diese aus der Fülle des Materials herausgegriffenen Fälle beweisen, daß die Wohnungszwangswirtschaft nicht nur im Interesse der wirtschaftlich schwachen Mieter beibehalten wird. Die Regierung kann versichert sein, daß der saarländische Hausbesitz gerne für seine notleidenden Landsleute Opfer bringt. Flammender Protest muß dagegen erhoben werden, daß unter der Flagge der Volksfürsorge der Hausbesitz zu Gunsten von hochbezahlten Regierungsbeamten und der französischen Interessenwirtschaft seiner Rechte beraubt wird. Die Regierung hat die Macht, sie kann dies Unrecht zunächst weiterbestehen lassen, aber es kommt eine Zeit, da wird das Wirken der Regierungskommission der Geschichte angehören und ich befürchte, daß alsdann die heutigen Machthaber in der Regierung eine sehr ungünstige Figur darstellen werden.

Die Wohnungsnot ist groß, die Erbitterung steigt von Tag zu Tag. Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, werden sich die unerquicklichsten Zustände herausbilden. Die Spannung zwischen Mieter und Vermieter ist kaum noch steigerungsfähig. Prügeleien zwischen Mieter und Vermieter sind an der Tagesordnung. Wenn keine Aenderung eintritt, kann mit Gewalttätigkeiten gerechnet werden. Sollte es zwischen Mieter und Vermieter hierzu kommen, so würde die ganze Verantwortung auf die Regierung fallen, da sie hier in Saarlouis mit Leichtigkeit eine Aenderung herbeiführen könnte. An solchen Zuständen kann außer dem Satan niemand Freude haben.

Wir fordern die Regierung auf, für Abhilfe zu sorgen und die Kasernen zur Behebung der Wohnungsnot frei zu geben. Wir fordern sie auf, sich endlich für das Wohl des ihr anvertrauten Landes einzusetzen.

(Schluß folgt.)

Stadt-Nachrichten.

Saarlouis, den 25. August 1924.

)(**Ausfuhrregelung von Saatkartoffeln.** Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin, hat unterm 14. August 1924 die Zollstellen ermächtigt, die Ausfuhr von Kartoffeln bis auf weiteres ohne besondere Bewilligung zuzulassen, sofern den Ausfuhrsendungen eine Bescheinigung der Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht in Berlin W 35, Schöneberger Ufer 17 bezw. Dessauerstraße 14 beiliegt, daß es sich bei den Sendungen um anerkanntes Originalsaatgut oder anerkannte erste oder zweite Absaat handelt.

⚒ **Wegen der Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter** und der anschließenden Beamtenkonferenz bleiben die Gewerkschaftsbüros vom 24. August bis 1. September geschlossen.

)(**Fortfall der Fremdensteuer zur Frankfurter Messe.** Die Stadt Frankfurt a. M. hat vor kurzem die Fremdensteuer, die seit ihrer Einführung für alle in- und ausländischen Besucher der Stadt als Härte empfunden wurde, aufgehoben. Diese Maßnahme, die besonders im Hinblick auf die Frankfurter Messe, die vom 21. bis 27. September stattfindet, von Bedeutung ist, zeigt, daß Frankfurt den Verhältnissen Rechnung zu tragen versteht, in dem es der Messe und Verkehrspolitik neue Wege weist. Der Einfluß dieses Fortfalls einer den Verkehr schwer hemmenden Steuer auf die Frankfurter Herbstmesse dürfte sich deutlich fühlbar machen. Dazu kommt noch, daß im Kleinhandel ein wesentlicher Preisabbau bereits seit einigen Wochen eingetreten ist. Aber auch im Großhandel und in der Produktion ist damit zu rechnen, daß die Anstrengungen, die Weltbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland neu herzustellen, bezw. zu erweitern, im Herbst zu einer gewissen Anpassung des Preisniveaus an die Weltmarktbedürfnisse führen dürften. Die Frankfurter Messe, deren Termin, wie eben angegeben, ziemlich spät im Herbste liegt, wird also allem Anschein nach bei der Deckung des Bedarfs sowohl vom Inland wie nach dem Ausland in erheblichem Maße beizutragen berufen sein. Auskunft erteilt das Meßamt, Frankfurt am Main, Haus Offenbach.

W **Die Weltreise saarländischer Radler.** Am 24. Aug. ds. Js. werden die drei Weltradler von Wehrden die Reise per Rad antreten. Morgens um 9 Uhr geht es ab Brücke über Saarlouis, Merzig, Mettlach, Saarburg nach Trier, wo bei Verwandten übernachtet wird. Von Trier geht es am nächsten Tag nach Koblenz. Am dritten Tag beginnt die schöne Rheinstrecke über Bonn nach Köln a. Rh., dann weiter von Köln über Düsseldorf, Essen, Wanne, Münster, Osnabrück, Bremen nach Hamburg, wo eine Ruhepause von fünf Tagen vorgesehen ist. Nach der Pause setzen die Radler ihre Reise über Hannover, Berlin, Leipzig, Dresden fort. Von Dresden geht es über Prag nach Persien, Indien und von dort per Schiff nach Australien, welches auf dem kürzesten Weg durchfahren wird, wo nun die Ozeanreise nach Amerika beginnt, welches von Süd- durch Mittel- nach Nordamerika durchfahren wird. Ab Newyork mit dem Schiff nach England, dann mit dem Schiff nach Portugal, von dort durch Spanien, von wo es abermals per Schiff geht und zwar nach Afrika, dann zurück nach Frankreich, Schweiz, Italien, Balkan, Ungarn, Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark zurück nach Deutschland. Die Reise nimmt dreieinhalb bis vier Jahre in Anspruch und der Unterhalt wird durch Kartenverkauf usw. aufgebracht.

W **Das Interesse für den internationalen Flugverkehr** wird im Saargebiet langsam aber stetig stärker. In Saarbrücken und in anderen Orten des Saargebietes bestehen bereits seit längerer Zeit Flugsport-Vereinigungen, die sich zwar vorläufig noch mit dem Segelfliegen befassen, voraussichtlich aber bald zum Flug mit Motoren übergehen werden, weil gerade auf diesem Gebiet das Bestreben dahin geht, praktische Erfolge zu erzielen. Daß Saarbrücken trotz der augenblicklich noch bestehenden Schwierigkeiten in absehbarer Zeit Flughafen wird, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, sodaß alsdann dem saarländischen Flugwesen eine besondere Möglichkeit zur Entwicklung gegeben sein wird. Um nun auch weitere Kreise über die wichtigsten Fragen des Luftverkehrs zu unterrichten hat der „Kraftfahrer", das Organ des Automobilklubs des Saargebietes, eine ständige Rubrik „Luftverkehr" eingerichtet, worin alle interessierenden Luftfahrtfragen eingehend behandelt werden, vor allem der Passagierverkehr in Mitteleuropa. Dem Luftverkehrs- und Sportwesen des Saargebietes wird natürlich besondere Aufmerksamkeit zugewendet, sodaß der Bezug des „Kraftfahrer" allen Freunden und Interessenten der Luftfahrt angelegentlichst empfohlen werden kann. Probenummern sind durch den Verlag Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken und Völklingen erhältlich.

Verantwortlich: J. V.: Dr. phil. Rich. Mai, Saarlouis, für die gesamte Politik und Lokales; Paul Theisen, Saarbrücken-Saarlouis, für Feuilleton, Provinz und den übrigen redaktionellen Teil; Johann Morbe, Saarlouis, für den Anzeigen- und Reklameteil.
Druck und Verlag:
Saar-Zeitung, A.-G. zur Förderung kath. Interessen
Saarlouis, Kleiner Markt 1.

Unserm hochverehrten Präses, dem Hochw. Herrn Kaplan

Ludwig v. Greve-Dierfeld

zu seinem hohen

Namensfeste

die 2470

besten Glück- u. Segenswünsche.

Gewidmet von
Kath. Jungmännerverein Roden.

Zwangs-Versteigerung.

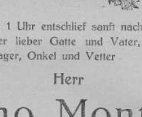
Am 26. August 1924, vorm. 10 Uhr werde ich in Hüttweiler, Hemianstraße 15 zwangsweise gegen Barzahlung versteigern:

1 Fahrrad,
1 Federwagen,
1 Pferdegeschirr,
1 Jauchefaß,
1 Kochherd,
1 Pferd,
6 Schweine,
1 Vertikal. 2469

Kniza
Gerichtsvollzieher i. R.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Herr, Dein Wille geschehe!



Heute mittag 1 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser lieber Gatte und Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager, Onkel und Vetter

Herr

Bruno Montada

Oberpostsekretär a. D.

wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente der kath. Kirche.

Dies zeigen in herzlicher Trauer an

Die trauernden Angehörigen.

SAARLOUIS u. Bad-Nauheim, den 25. August 1924.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. August 1924, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Hospitals aus statt. Das Seelenamt am Mittwoch, vormittags 9 Uhr in der Pfarrkirche.

Von Beileidsbesuchen bitten man Abstand nehmen zu wollen.

Tüchtige u. selbständige

Arbeiter

für Gatter, Kreissäge und Bandsäge gesucht.

Fa. Bauindustrie
B. Zungmann
2447 G. m. b. H.,
Saarwellingen.

Gewandtes, tüchtiges

Zweitmädchen

möglichst per sofort bei hohem Gehalt gesucht. 2448

Frau Kirstein,
Saarlouis.

Dienstmädchen

gegen hohen Lohn für 1. September gesucht.

Gasthaus Huwer
Wallerfangen.
Telefon 650. 2468

Ein Offizier
sucht für sofort

zwei möblierte Zimmer

(Schlafzimmer u. Büro).

Offerten zu richten unter Nr. 2465 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Inserieren bringt Gewinn!

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

Typographsetzer

Saar-Zeitung A.-G., Saarlouis

GELDER

gegen Hypotheken, Bürgschaften und sonstiger Sicherheit zu

verleihen

Wertpapiere, Vorkriegsobligationen sowie nicht val. Elsässische Obligationen verkaufen Sie zu den höchsten Preisen weit über Kurs, durch:

MANDERNACH & Co.,
SAARLOUIS, Schlächterstraße 18

Peters & Zander
Zementwarenfabrik
Wemmetsweiler-Saarlouis
liefern 3290

Baustoffe aller Art

sowie **Holz, Glas** etc.

EN GROS — EN DETAIL

Lager Saarlouis: Kleinbahnhof, gegenüber Zollamt — Telefon Nr. 658.

Bringe der geehrten Einwohnerschaft von Hüttweiler und Umgebung mein

Sattler- und Polsterer-Geschäft

in empfehlende Erinnerung.

Johann Baptist Hein,
2467 Sattler und Polsterer,
Hüttweiler, Hauptstraße.

Bekanntmachung

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 31. 12. 1922 und 27. 7. 1924 ist die Genossenschaft aufgelöst. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. 3418

Hemmersdorfer Spar- und Darlehnskassenverein e. G. m. u. H., in Kerprichhemmersdorf
in Liquidation.
Die Liquidatoren:
Bauer. Hirschauer. Riewel.

Zwangs-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 27. August 1924, vormittags 10½ Uhr wird in Bisdorf auf dem Schloßhof (Groß Kreuze)

ein Klavier

(sich nur) zwangsweise gegen gleich Barzahlung öffentlich versteigert.

Reiter,
Vollstreckungsbeamter der Gem. Kasse Bisdorf.

Kauft bei unsern Inserenten!

E. Merkwitschka
Friseur — Parfümerie
Saarlouis, Boxstr. 3
empfiehlt großes Lager in

Zöpfen!

Feinseifen, Parfümerien usw.
Ankauf von Frauenhaar.
Haarzwangen-Reparatur

Häute u. Felle

übernimmt zur

Gerbung

Lederfabrik Altmayer in Hüttersingen b. Merzig

Architekten
Bauämter
Bauunternehmer
Gewerbeschulen
Ingenieure
Maler
Techniker

decken ihren Bedarf am vorteilhaftesten in dem Spezialgeschäft für Zeichen- und Malartikel von

P. SCHREDER
Saarlouis, Französische Straße 13.

Die Wohnungsnot und die Stadt Saarlouis.

Für die Freigabe der Kasernen — Gegen die Wohnungszwangswirtschaft — Schutz dem wirtschaftlich schwachen Mi ter.

Stimmungsbild.

Dr. B. Saarlouis, 22. August 1924.

Die Stadtverordnetensitzung, die am vergangenen Freitag stattfand, hat sich ohne Zweifel ein großes Verdienst dadurch erworben, daß sie mit vereinten Kräften an die Lösung des schwierigsten Problems der Gegenwart, der Wohnungsfrage, erneut herantrat; das bleibt ein Verdienst, auch wenn die Arbeit keinen Erfolg haben sollte.

Zunächst gab der Herr Bürgermeister an Hand eines vortrefflich zusammengestellten Materials einen Ueberblick über die Wohnungsnot in Saarlouis und über die allgemeinen Ursachen des heutigen Wohnungsmangels. Er zeigte zugleich die Wege, auf denen nach seiner Ansicht das Elend auf dem Wohnungsmarkt beseitigt werden kann. Mit diesen Gedankengängen des Bürgermeisters kann man sich, wenn der Blick durch einseitige Interessenvertretung noch nicht getrübt ist, einverstanden erklären, besonders wenn man bedenkt, daß er nur Richtlinien geben wollte und die Konkretisierung dieser Leitgedanken zu Gesetzesvorschlägen der Oeffentlichkeit überlassen sehen will. Ohne jeden Vorbehalt wird sich jedoch jeder Mitbürger der Forderung des Stadtoberhauptes anschließen müssen, die dahin geht, endlich eine Kaserne zu Wohnungszwecken frei zu bekommen.

Eine sehr deutliche Sprache spricht in dieser Beziehung die Entschließung der Wohnungszuteilungskommission. Man kann es diesen Leuten nicht verdenken, daß sie allmählich den gemütlichen Ton verlieren, wenn sie zusehen müssen, wie mit den Kasernenwohnungen sozusagen luxuriert wird, während 1700 Wohnungsbedürftige Woche für Woche abgewiesen werden müssen.

Die Erregung gerade über die Entziehung der Kasernen war allgemein. Sie klang in dem Referent eines jeden Redners durch und findet hoffentlich in dem Herzen der Regierung einen Widerhall.

Herr Stadtv. Merziger führte einige Beispiele der Wohnungsvergebung an, wie sie nur möglich sind auf Grund der Wohnungszwangswirtschaft und forderte deshalb den freien Wohnungsmarkt. In der Tat, wenn man die heutigen Zustände kritisch betrachtet, kann man als ehrlicher Mensch nur zu dem Ergebnis kommen, daß es an der Zeit ist, den Wohnungsmarkt zu öffnen, selbstverständlich unter Wahrung der Existenzfähigkeit der unbegüterten Mieter. Wiederholt wurde gestern die alte Forderung des Saarzentrums, die Wohnungsmiete nach dem subjektiven Besitzstand zu staffeln, erhoben. Es ist und bleibt ein Skandal, daß Leute mit Vermögen und Einkommen über 30 000 Franken auf Kosten des Hauseigentümers billig — nennen wir's mit dem richtigen Namen: umsonst wohnen. Es ist ein Skandal, daß die Regierung für die Staatsbeamten einfach Wohnungen beschlagnahmt, während der gewöhnliche Sterbliche suchen kann, wo er ein Unterkommen findet. Zu alledem soll der Beamte der „Diener" des Volksganzen sein.

Auch ein Vertreter der Mieter sprach und machte in anzuerkennender Weise von seiner Ueberzeugung kein Hehl, daß die Zwangswirtschaft nur schädlich wirke. Wenn jedoch Friedensmieten gezahlt werden sollten, müßten auch Friedenslöhne eintreten. Weiterhin bemerkte ein Debattenredner, daß die freie Miete nicht dem Hauseigentümer zufließen dürfe, sondern einem Wohnungsbaufonds zugeführt werden müsse. Zur Begründung führte er an, daß der hohe Mietzins doch nur Geld dorthin bringe, wo schon Geld sei; das sei nicht richtig. Denn ein Mann, der ein herrschaftliches Haus erstellen könne, sei schon dadurch wohlhabend. Hinter dieser Behauptung verbirgt sich ein großer Trugschluß. Die Arbeitskraft ist ein wirtschaftliches Gut; wenn sie der Arbeiter jedoch nicht rentabel verwerten kann, d. h. wenn sie ihm nicht mindestens soviel einbringt, daß er leben und sich noch etwas sparen kann, dann arbeitet er mit Kräfteschwund und muß schließlich verhungern. Genau so verhält es sich mit dem Hauseigentümer. Wenn das Haus noch so herrschaftlich eingerichtet ist, jedoch keine Zinsen bringt, dann arbeitet der Eigentümer mit Verlust und muß sein Haus als unrentables Objekt schließlich weit unter Preis verkaufen. Auch das Gold ist ein Gut, es wird jedoch zum Verhängnis, wenn alles, was ich berühre zu Gold wird, d. h. wenn ich mit dem Gut nichts anzufangen weiß.

Mit einer seltenen Einstimmigkeit billigte die Stadtverordnetenversammlung die Ausführungen des Bürgermeisters und der Debattenredner. Wollen hoffen, daß die Kommission, die zum Präsidenten gehen will, nicht mit leeren Händen zurückkommt.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung vom 22. 8. 24 die Wohnungsfrage zum Hauptpunkt ihrer Tagesordnung gemacht. Um die Arbeit zu konzentrieren, wurden Punkt 1—3 von der Tagesordnung abgesetzt. Punkt 4 wurde wie gestern gemeldet erledigt. Vor Eintritt in die Wohnungsdebatte verlas Herr Bürgermeister Dr. Lah eine von ihm ausgearbeitete Denkschrift, die über Saarlouis hinaus von Bedeutung werden wird und die wir ihrer Grundsätzlichkeit wegen in ihrem geschlossenen Rahmen veröffentlichen.

Die Ausführungen des Bürgermeisters.

Die Wohnungsnot und vor allen Dingen die Frage, wie die Wohnungsnot zu beheben ist, muß als eines der schwierigsten Probleme der Kommunalpolitik der Nachkriegszeit angesehen werden. Auch die Stadt Saarlouis ist von dieser allgemeinen Wohnungsnot in erheblichem Umfange betroffen und es ist bisher nicht gelungen, auch nur die kleinste Linderung zu erzielen. In Zahlen ausgedrückt ergibt sich in Saarlouis nach dem Stande vom 10. August 1924 folgendes Bild: Es suchen Wohnungen insgesamt 483 Familien mit 1761 Personen. Verlangt werden:

38 Wohnungen mit 1 Raum
82 Wohnungen mit 2 Räumen
186 Wohnungen mit 3 Räumen
134 Wohnungen mit 4 Räumen
43 Wohnungen mit 5 und mehr Räumen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß 11 Proz. der Bevölkerung ohne Wohnung sind oder über eine sehr mangelhafte Wohnung verfügen. Dieser Prozentsatz ist außerordentlich hoch und ist ein Beweis dafür, daß in Saarlouis die Wohnungsnot geradezu katastrophal ist und katastrophale Wirkungen hervorrufen muß. In anderen Städten, z. B. Berlin, entfallen von der Gesamtbevölkerung 6,31 Proz., in Breslau 7,87 Proz., und in Spandau 7,93 Proz. auf Wohnungsuchende. Daraus ist zu entnehmen, daß wir hier in Saarlouis bezüglich der Wohnungsnot ziemlich an der Spitze marschieren. Dieses ist das rein zahlenmäßig ausgedrückte Bild inbezug auf die Zahl der fehlenden Wohnungen. Die zweite Seite der Wohnungsnot läßt sich jedoch zahlenmäßig nicht ausdrücken. Das ist die qualitative Beschaffenheit der Wohnungen. Wer Gelegenheit hat, Wohnungsbesichtigungen mitzumachen, mußte feststellen, daß ein großer Teil der vorhandenen Wohnungen sich in einem äußerst schlechten Zustande befindet, daß zum Teil Wohnungen bewohnt werden, die in keiner Weise den Anspruch auf eine solche Bezeichnung machen können, die auch nicht den minimalsten Forderungen sittlicher und hygienischer Art entsprechen.

Wir müssen also zu dem Schlusse kommen, daß wir sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht in Saarlouis krassestes Wohnungselend in höchstem Ausmaße zu verzeichnen haben.

Wie ist diese Wohnungsnot zu erklären?

Zum großen Teil ist die Wohnungsnot ganz natürlich durch den Zuwachs der Bevölkerung zu erklären. Zurzeit zählt die Stadt Saarlouis 16 100 Einwohner. Diese Zahlen sind auf Grund der fortschreitenden Statistik errechnet. Im Jahre 1914 betrug die Einwohnerzahl ohne Militär rund 15 000 und ist also ein Zuwachs der Bevölkerung von rund 1100 Personen zu verzeichnen, für die ein Mehr an Wohnungen gegenüber 1914 nach dem Kriege zu beschaffen war. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß ein Teil der vorhandenen Wohnungen durch Angehörige der Garnison und der mit der Garnison verbundenen Unternehmungen besetzt ist, sodaß also noch nicht mal alle bei Kriegsschluß vorhandenen Wohnungen für die Zivilbevölkerung in Frage kommen können.

Diesem Zuwachs der Bevölkerung steht nur eine sehr mäßige Wohnungs-Produktion gegenüber. Bis Ende 1923 wurden 110 neue Wohnungen erstellt. Mit dieser Wohnungs-Produktion war es möglich, für 500 Personen Wohnung zu schaffen, sodaß also dem gegebenen Bevölkerungszuwachs nicht durch entsprechend vermehrten Wohnraum Wohnung geschaffen werden konnte.

Auf der anderen Seite müssen wir berücksichtigen, daß eine Reihe von Wohnungen ausgefallen ist, die in einem derartigen Zustande sich befanden, daß sie als Wohnungen absolut nicht mehr in Frage kommen konnten. Dieser Verlust ist zahlenmäßig nicht mehr zu erfassen, besteht aber in Wirklichkeit und wir müssen also uns damit abfinden, daß ein Teil der Neuproduktion dadurch aufgehoben wurde.

Alles in allem muß also festgestellt werden, daß die Wohnungsnot besonders durch die verminderte Wohnungsproduktion zu erklären ist. Wenn wir nun die Ursachen prüfen, weshalb die Wohnungsproduktion zurückgeblieben ist, werden wir zunächst zweifellos bei der Mieterschutz-Politik einsehen müssen. Durch die Mieterschutz-Politik, die durch die letzten Verordnungen der Regierungskommission eine Mäßigung gefunden hat bezw. einen Fortschritt zum freien Wohnungsmarkt gefunden hat, sind zweifellos die Mieter weitgehend geschützt worden. Aber diese Mieterschutz-Politik und insbesondere die Mietpreispolitik ist von volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt betrachtet, vollkommen falsch orientiert gewesen. Nach den vorhandenen Statistiken rechnete man im Frieden damit, daß 20 Proz. des Einkommens für die Wohnung verwandt wurde. Dieser Prozentsatz hat sich in der Nachkriegszeit ermäßigt bis unter 1 Proz. Wir können heute damit rechnen, daß etwa 2,5 bis 3 Proz. des Gesamt-Einkommens für Wohnung ausgegeben werden. (Siehe anliegende graphische Darstellung.) Daraus ist zu entnehmen, daß der Mieter für seine Wohnung im Verhältnis zu seiner gesamten Lebenshaltung bei weitem nicht das aufbringt, wie vor dem Kriege. Ein Beweis, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die Mieterschutz-Politik erhebliche Mängel zeigt. Damit soll nicht gesagt werden, daß der Mieter immer in der Lage gewesen wäre, mehr zu zahlen. Es mußten eben Wege gefunden werden, dem Mieter es möglich zu machen, eine, in einem günstigen Verhältnis zu seinen gesamten Lebensunterhaltungskosten stehende Miete zu zahlen. (Auf diese Forderung hätten die Mieter, insbesondere die Mieterschutzvereine, nach meiner Ansicht das Schwergewicht ihrer Tätigkeit innerhalb der von ihnen betriebenen Wohnungspolitik richten müssen.) Dies hat nun dazu geführt, daß alle diejenigen, die eine Mietwohnung hatten, gar kein Verlangen danach trugen, sich durch einen Neubau ein eigenes Heim zu schaffen, da ja der Mietzins für das eigene neu erbaute Haus wesentlich höher geworden wäre, als die gesetzlich normierte Miete. Kaufmännisch betrachtet, wäre es geradezu eine Verrücktheit gewesen, wenn der Betreffende gebaut hätte, wo er doch wesentlich billiger in einer Mietwohnung wohnte. Aus diesem Grunde ist es sehr wohl verständlich, daß wir keine neuen Wohnungen in gewünschtem Ausmaße bekommen haben.

Es kommt weiterhin als Ursache der verringerten Wohnungs-Produktion die Preisbildungspolitik am Baumarkt hinzu, die auch eine nicht unerhebliche Schuld daran trägt, daß weniger gebaut wurde. Im Frieden rechnete man an Baukosten für 1 Kubikmeter umbauten Raum 11—13 Mk., wovon 4 Mk. auf den Arbeitslohn, 6 Mk. auf das Material und 1 Mk. auf Geschäftsunkosten und Verdienst entfallen. Heute muß man an Baukosten für 1 Kubikmeter umbauten Raum 18—21 Mk. rechnen gleich 77—90 Fr. Von diesen 18 Mk. entfallen 3,50 Mk. auf Arbeitslohn, 10 Mk. auf Material und 4,50 Mk. auf Geschäftsunkosten und Verdienst. Aus dieser Tatsache können wir entnehmen, daß die Steigerung der Kosten nur durch Material und Geschäftsunkosten bedingt werden, währenddem das Verhältnis des Arbeitslohnes noch nicht mal den Friedenssatz erreicht hat.

Eine weitere nicht unerhebliche Schuld an der geringen Wohnungs-Produktion tragen die Verhältnisse am Kapitalmarkt. Das Baugeld war sowohl zu Mark- als auch ganz besonders zu Frank-Zeiten viel zu teuer. Solange für Baugelder 12 und 15 und 20 Proz. gezahlt werden müssen, wird es unmöglich sein, die Bautätigkeit in solchem Umfange zu beleben, daß davon eine wesentliche Besserung am Wohnungsmarkt zu erzielen ist. Einem Arbeitnehmer, Beamten, Angestellten oder Arbeiter, ist es unmöglich, sich ein Eigenheim zu schaffen, solange ein Zinsfuß von 7 und mehr Prozent verlangt wird und selbst bei einem Zinsfuß von über 5 Proz. wäre er bei den heutigen Einkommensverhältnissen nicht in der Lage, die entstandene Bauschuld zu amortisieren, geschweige denn, daß er Rücklagen für Unterhaltung des Baues machen könnte.

Ueberblicken wir alle diese Gründe, so ist es ziemlich verständlich, wie es möglich ist, daß wir zu diesen katastrophalen Verhältnissen kommen konnten.

In den vorliegenden Darstellungen ist versucht worden, Umfang und Ursache der herrschenden Wohnungsnot festzustellen und darzulegen. Es handelt sich nun darum, Mittel und Wege zu finden, um eine Linderung, oder gar völlige Behebung der Wohnungsnot herbeizuführen. Es ist dabei zu unterscheiden zwischen Maßnahmen, die geeignet erscheinen, allgemein, nicht nur in Saarlouis, der Wohnungsnot zu steuern und solchen Maßnahmen, von denen man eine spezielle Verbesserung der hiesigen Verhältnisse am Wohnungsmarkt erwarten kann. Als Maßnahmen allgemeiner Art werden der Stadtverordneten-Versammlung nachstehende Richtlinien zur Beschlußfassung vorgeschlagen:

1. Durch die Wohnungsmangel-Verordnung sind alle Mieter, ohne Berücksichtigung ihrer Einkommens-Verhältnisse und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, geschützt. Vor allen Dingen ist für alle Mieter die Mietpreisbildung in gleicher Weise geregelt. Diese Verordnung muß als eine unglückliche bezeichnet werden, denn es werden die leistungsstarken Kreise dadurch veranlaßt, von den Vergünstigungen der Wohnungsnot ebenso wie der Leistungsschwache Gebrauch zu machen. Es ist deshalb anzustreben, daß der Mieterschutz, wie er in der Wohnungsmangel-Verordnung verankert ist, allen denjenigen entzogen wird, die in der Lage sind, auf Grund ihres Einkommens oder ihres Vermögens, die Mittel zur Errichtung eines eigenen Hauses, oder den Kapitaldienst, der aus der Aufnahme von etwaigen Bauschulden sich ergibt, aufzubringen. Infolgedessen muß von der Regierungskommission verlangt werden, daß die Wohnungsmangel-Verordnung dahingehend abgeändert wird, daß alle diejenigen, die ein Einkommen von mindestens 18 000 Franken oder ein Vermögen von mindestens 50 000 Franken haben, außerhalb des Mieterschutzes gestellt werden. Diese Maßnahme müßte mit folgender Wirkung verbunden werden:

a) dem Vermieter muß gestattet sein, von Mietern vorgenannter Gruppen als Mietpreis mindestens den Friedenspreis mal 4,5 zu verlangen, d. h. die Mietpreisbildung muß der freien Vereinbarung zwischen Vermieter und Mieter dieser Gruppen vorbehalten bleiben. Von der Differenz zwischen gesetzlich normierter Miete und der in vorgenannter Weise erzielten Miete wäre ein bestimmter Prozentsatz einem besonderen Fonds zuzuführen, der der Gemeinde zur Schaffung weiteren Wohnraumes zur Verfügung zu stellen wäre.

b) Für diese Kreise darf kein besonderes Kündigungsrecht, wie es die Wohnungsmangel-Verordnung geschaffen hat, in Frage kommen. Es haben dann in diesem Falle vielmehr lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung zu finden.

Es wäre eventl. in Erwägung zu ziehen, daß die Regierungskommission, mit Rücksicht auf die furchtbare Ausdehnung der Wohnungsnot gesetzlich bestimmen würde, daß alle diejenigen, die ein Einkommen von über 24 000 Franken haben, gezwungen wären, ein eigenes Wohnhaus zu errichten, oder aber über ihre Miete hinaus einen Betrag, der sich aus der Zinsspanne zwischen tatsächlich gezahlter Miete

und den für ein, ihren Bedürfnissen entsprechendes Wohnhaus zu zahlenden Zinsen ergäbe, an einen Fonds für Errichtung weiterer Häuser abzuführen.

2. Aus den Darlegungen über den Umfang der Wohnungsnot hat sich ergeben, daß in der bisherigen Wohnungspolitik die qualitative Beschaffenheit der Wohnungen in keiner Weise berücksichtigt wurde. Andererseits ist festgestellt worden, daß durch das vollständige Versagen der Vermieter bezüglich Unterhaltung und Renovierung der Häuser und Wohnungen eine Verringerung der ursprünglich vorhandenen Wohnräume eingetreten ist. Um einem weiteren Ausfall an Wohnungen vorzubeugen und insbesondere um die vorhandenen Wohnungen in ordnungsgemäßem Zustand zu erhalten, ist es unbedingt erforderlich, daß Maßnahmen getroffen werden, die die laufende Unterhaltung der bestehenden Wohnungen sichern. Zu diesem Zwecke wird vorgeschlagen, in die Wohnungsmangel-Verordnung die Bestimmungen des Reichsmieten-Gesetzes aufzunehmen, worin festgesetzt ist, daß ein Teil der gesetzlich normierten Miete nicht dem Vermieter zugeführt wird, sondern auf ein besonderes Konto abzuführen ist. Diese Beträge sind ausdrücklich dazu bestimmt, für Reparatur und Unterhaltung der Häuser und Wohnungen Verwendung zu finden. Dadurch ist Gewähr geleistet, daß ein Teil der Miete auch wirklich für die Unterhaltung der Häuser verwandt wird; denn trotz der starken Betonung der Hausbesitzer, die Miete müsse erhöht werden, um Mittel zu gewinnen, für die Häuser und Wohnungen ordnungsgemäß zu unterhalten, sind erfahrungsgemäß die Mieten trotz jeglicher Erhöhung in den seltensten Fällen für diese Zwecke verwandt worden.

3. Die in der Stadt, wie auch im ganzen Saargebiet ansässigen größeren Unternehmen (Banken, Großhandelshäuser, Industrie-Unternehmungen) haben bisher, abgesehen von einigen Unternehmungen, kaum die Wohnungspolitik durch Schaffung neuer Wohnungen unterstützt. Es muß deshalb gesetzlich vorgeschrieben werden, daß größere Unternehmungen der genannten Art verpflichtet sind, zum mindesten für 20 Proz. ihrer Arbeitnehmerzahl (Beamte, Angestellte und Arbeiter) neue Wohnungen zu schaffen.

4. Wie in den bisherigen Ausführungen dargelegt wurde, kann das Problem der Wohnungsnot nur dann mit vollem Erfolg gelindert werden, wenn die Bautätigkeit gefördert wird, wenn in großem Umfange neue Wohnungen erstellt werden. Diesen Bedingungen ist jedoch nur dann Erfolg beschieden, wenn die zum Bau erforderlichen Kapitalien in genügender Menge und zu erträglichen Bedingungen zur Verfügung stehen. Als erträglicher Zinsfuß kann bei den gegenwärtigen Einkommensverhältnissen der Arbeitnehmerschaft ein äußerster Satz von 7 Proz. angesprochen werden. Es darf bei einem Zinsfuß von 7 Proz. jedoch nicht verkannt werden, daß hierdurch die Lebenshaltung des betreffenden Baulustigen, soweit er Arbeitnehmer ist, auf die bescheidensten Ansprüche herabgedrückt würde.

Die Kommunen und Kommunalverbände sind im gegenwärtigen Zeitpunkte, bei ihrer äußerst mißlichen Finanzlage, nicht in der Lage, ihren baulustigen Gemeindeangehörigen durch billiges Kapital ihr Bauvorhaben zu ermöglichen oder zu erleichtern. Es wird und muß deshalb Sache der Regierungs-Kommission sein, wenn sie eine der grundlegenden sozialen Forderungen der Zeit, Behebung der Wohnungsnot mit ihren gewaltigen hygienischen und sittlichen Schäden, erfüllen soll, daß sie die zum Bauen notwendigen Kapitalien beschafft und zur Verfügung stellt und zwar zu einem Zinsfuß, der auch den kleinen Leuten das Bauen möglich macht. Dieses Prinzip, billiges Baukapital zur Verfügung zu stellen, hat die Regierungs-Kommission bereits im Wohnungsbauverband angestrebt und durchgeführt. Es darf nicht verkannt werden, daß die im W. B. V. verfolgte Wohnungspolitik von Erfolg begleitet war; denn bis zum Jahre 1924 sind im Saargebiet mit Hilfe des W. B. V. 2810 Wohnungen neu erstellt worden. (Leider hat man im Kreise Saarlouis und auch in der Stadt Saarlouis von dieser, zweifellos segensreichen Einrichtung, nur bescheidenen Gebrauch gemacht, da von diesen 2810 Wohnungen auf den Kreis Saarlouis nur 188 entfallen.) Die Regierungs-Kommission wird also in Erfüllung dieser sozialen Aufgaben auch weiterhin in diesem Sinne tätig sein müssen, vor allen Dingen wird sie es möglich machen müssen, daß auch weiterhin den Baulustigen das Geld, wie es der W. B. V. vorsieht, zu 3 Prozent überläßt und einen Teil der Amortisation übernimmt. Aber nach den im W. B. V. gemachten Erfahrungen dürfte es notwendig sein, die Frage der Bezuschussung und Ueberlassung von Baukapitalien neu zu organisieren. Vor allen Dingen dürfte es unbedingt wünschenswert sein, um der vielfachen Klagen, namentlich aus Unternehmerkreisen, zu begegnen, eine weitgehende Dezentralisation vorzunehmen, d. h. daß man den Kommunen die Durchführung der Bezuschussung überträgt, oder besser gesagt, daß man den Kommunen die Durchführung des notwendigen Bau-Programms überträgt, nach dem ihnen die entsprechenden Kapitalien zur Verfügung gestellt worden sind. In Ergänzung des Vorgesagten wird es als notwendig erachtet, falls man die Form der Bezuschussung noch weiterhin ins Auge faßt, daß die Bauzuschüsse wesentlich erhöht werden, denn die Begrenzung der jetzigen Bauzuschüsse hat die Gewährung weiterer Kredite zu wesentlich höherem Zinsfuße notwendig gemacht, wodurch die Baulustigen eine außerordentlich starke und kaum erträgliche Belastung erfahren haben.

Da es durchaus unzweckmäßig ist, daß die Regierungs-Kommission sich die hierzu notwendigen Kapitalien auf dem Wege der Anleihe beschafft, weil damit die Baugelder wesentlich verteuert werden und die Leistung aus öffentlichen Mitteln wesentlich erhöht wird, muß erreicht werden, daß das notwendige Kapital aus laufenden Etatmitteln gewonnen wird. Wie aus dem vorgelegten Haushaltplan der Regierungs-Kommission für das laufende Rechnungsjahr zu entnehmen ist, kann die Regierungs-Kommission bei der jetzigen Finanzgebarung so erhebliche Kapitalien, wie sie ein umfangreiches Bauprogramm verlangt, nicht frei machen. Es müssen deshalb neue Einnahmequellen erschlossen werden und zwar Einnahmequellen, die wirklich einen vollen finanziellen Erfolg bringen. Die einzige Möglichkeit, die notwendigen Kapitalien in verlangtem Umfange zu beschaffen, liegt in der Erhöhung der Kohlensteuer auf den ursprünglichen Satz von 20 Prozent. Bei dem jetzigen Satz von 7½ Prozent bringt die Kohlensteuer für das Jahr 1924/25 49 Mill. Franken. Bei Erhöhung auf 20 Prozent wäre also mit einem Mehrertrag von rund 71 Millionen Franken zu rechnen. Wenn dieser Betrag längere Zeit hindurch pro Jahr als Baugeld zur Verfügung gestellt würde, so würde das zweifellos die Bautätigkeit außerordentlich beleben und es wäre in absehbarer Zeit, infolge der damit verbundenen starken Wohnungs-Produktion, mit einer Behebung der Wohnungsnot zu rechnen. Daß die Grubenverwaltung in der Lage wäre, die so erhöhte Kohlensteuer bei den jetzigen Kohlenpreisen zu tragen, ist ohne Zweifel. Ja es kann als erwiesen betrachtet werden, daß selbst eine so erhöhte Kohlensteuer immer noch einen nicht unerheblichen Gewinn aus den Saargruben gestattet.

Neben den bisher genannten Maßnahmen und Forderungen, deren Durchführung allgemein eine Lösung der durch die Wohnungsnot gestellten Probleme bringen würde, gibt es für die Stadt Saarlouis besondere Maßnahmen, die geeignet sind, das allerschlimmste Wohnungselend baldigst zu beseitigen. Die Regierungs-Kommission hat die Möglichkeit durch eine wohlwollende Entscheidung, hier wirklich eine soziale Tat zu vollbringen. Wie aus der von der Wohnungs-Zuteilungs-Kommission vorgelegten Entschließung vom 18. August (auf die Bezug genommen wird) ersichtlich ist, kann durch Zusammenlegung der hier befindlichen französischen Truppenteile, eine Reihe von Kasernen frei gemacht werden, die sich ausgezeichnet zu gesunden Wohnungen verwenden lassen. In Anbetracht dessen wird die dringende Bitte an die Regierungs-Kommission gerichtet, diese Möglichkeit wahrzunehmen und durch die gewünschte Zusammenlegung des Militärs Kasernen frei zu machen und der Stadt gegen eine entspr. Miete zur Verfügung zu stellen. Die Stadt wird diese Kasernen sofort, so weit es noch notwendig ist, zu Wohnungen herrichten lassen und die so gewonnenen Wohnungen den Wohnungsuchenden zur Verfügung stellen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Regierungs-Kommission bei dieser Lösung noch höhere Erträgnisse aus den frei gegebenen Kasernen erzielt, als es zur Zeit der Fall ist. Um das allerschreiendste Elend zu beseitigen, wird dringend gebeten, die Kaserne XI (Kaserne de Chermont) und die Kaibelkasernen (Kaserne Grenier) frei zu machen und in der vorgeschlagenen Weise der Stadt mietweise zu überlassen. Die Regierungs-Kommission kann versichert sein, sich den außerordentlichen Dank, sowohl der ganzen Stadt, wie auch besonders der Wohnungsuchenden, denen auf diese Weise geholfen würde, zu gewinnen, wenn sie diese dringende Bitte, die aus bitterster Not heraus vorgebracht wird und deren Erfüllung sehr leicht und ohne jedes finanzielle Opfer möglich ist, in wohlwollendster Weise erfüllt.

Die Entschließung der Wohnungszuteilungskommission.

An die
Stadtverordneten-Versammlung
. Händen des Herrn Bürgermeister Dr. Latz
hier.

Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis ist nach Prüfung der Akten des Wohnungsamtes und der einschlägigen Verhältnisse der Stadt Saarlouis zu folgender

Entschließung

gelangt.

Zunächst stellt sie fest, daß in der Nachkriegszeit im Bezirke der Stadt Saarlouis eine Anzahl neue Behörden mit einem außerordentlich großen Beamtenapparat Unterkunft gefunden haben, s. z. B. das Obergericht, das Versorgungsamt, die Abteilung Volkswohlfahrt der Regierungs-Kommission, u. a. An Stelle der früher hier anwesenden deutschen Truppen sind heute die französischen Truppen und der Reparaturpark der französischen Rheinarmee getreten, die ebenfalls einen großen Bedarf an Wohnungen für ihre Arbeiter, Angestellten und Militärpersonen haben. Trotzdem früher in Saarlouis folgende deutsche Militärformationen a) Infanterie-Regiment Nr. 30 mit 12 Kompagnien und 1 Maschinengewehr-Kompagnie, b) Feld-Artillerie-Regiment Nr. 8 mit 6 Batterien, c) Jäger-Regiment zu Pferde Nr. 13 mit 5 Schwadronen, d) Train-Abteilung Nr. 16 mit 4 Schwadronen und außerdem 2 Brigadestäbe, 1 Artillerie-Depot, 1 Train-Depot und 1 Bezirkskommando untergebracht waren, werden heute von der ganz bedeutend geringeren Zahl französischen Militärs verhältnismäßig mehr Wohnungen in Anspruch genommen als damals. Obschon kürzlich eine Verringerung der letzteren Truppen gegenüber dem Stande der Jahre 1921, 1922 und 1923 eingetreten ist, sind Familien-Wohnungen für die Bürgerschaft dadurch nur in geringem Umfange frei geworden. Infolge der großen Zahl von Familien, die mit den nach hier versetzten Militär- und Zivilbehörden hier zugezogen sind, wurde dieser geringe Gewinn an Wohnungen nicht nur vollkommen aufgehoben, sondern auch noch eine große Anzahl von Wohnungen benötigt und beschlagnahmt, sodaß für die wohnungsuchende Bürgerschaft auf Jahre hinaus eine Zuteilung von Wohnungen nicht oder nur in geringem Umfange möglich ist. Tatsache ist, daß heute noch Offiziere, die schon längere Zeit mit ihrem Truppenteil von hier versetzt sind, ihre, ihnen seiner Zeit zugewiesene Wohnung hier noch nicht aufgegeben haben. Ein besonders krasser Fall ist der Kommission bekannt, wo ein Offizier vom französischen Infanterie-Regiment 163, das schon seit beinahe einem Jahre von hier verlegt ist, in der Stadt noch eine hochherrschaftliche Wohnung inne hat, die er heute nur dann bewohnt, wenn er gelegentlich hier in der Gegend die Jagd ausübt. Sonst wohnt dieser Herr am Standorte seines Truppenteils. Ferner ist in der Meyerstraße eine ganze Villa den Zugriffen der Wohnungs-Zuteilungs-Kommission entzogen, in der eine kleine Familie in den Mansarden als Verwalter untergebracht ist, in den übrigen Räumen aber nur alle 2–3 Monate eine französische Kommission Beratungen pflegt. Die Gerechtigkeit verlangt es, daß diesen Zuständen unter allen Umständen unverzüglich ein schnelles Ende bereitet wird. Wenn auch allgemein gesehen, der geringen Bautätigkeit in den Nachkriegsjahren mit eine Schuld an der Wohnungsnot zugemessen werden muß, so ist die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis doch der Ueberzeugung, daß durch die übermäßige Inanspruchnahme von Wohnungen für Beamte und Offiziere und durch die ungleichmäßige Verteilung der in den Kasernen untergebrachten Militärpersonen und ihrer Familien, die Wohnungsnot in Saarlouis außerordentlich verschärft wurde.

Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis ist der festen Ueberzeugung, daß es möglich sein muß, in Saarlouis die Wohnungsnot vollständig zu beheben, wenn das vertragswidrig sich noch hier befindliche Militär in eine Kaserne, und zwar in die Heltzendorff-Kaserne untergebracht würde, sodaß frei werden würden, die Jägerkaserne, das gesamte Kaibel-Kasernement, die Kasernen I und XI, das Garnison-Lazarett, das Zeughaus, sowie das Train-Depot. In diesen dann frei werdenden Kasernen sind heute schon 120 Wohnungen vorhanden, die sofort, da sie vollständig eingerichtet, beziehbar sind. Es wäre sehr leicht möglich, in einem Teil der so frei werdenden Kasernen mit geringen Mitteln eine beliebige Anzahl von Wohnungen herzustellen, sodaß nicht nur allein der Wohnbedarf des Stadtbezirks Saarlouis 1, sondern auch derjenige des Stadtbezirks Saarlouis 2 hinreichend gedeckt werden könnte. Wir verweisen nur auf das Beispiel, das die Stadtverwaltung in den beiden Kasernen II und III, die sie seit einigen Monaten in Verwaltung hat, gegeben hat, wo es möglich war, mit verhältnismäßig sehr geringen Mitteln, die wieder von den Mietern aufgebracht werden, 30 neue Wohnungen zu schaffen, sodaß in diesen Kasernen insgesamt 78 Familien in 2- und 3-Zimmerwohnungen untergebracht werden können. Bedenkt man ferner, daß es sich um 2 alte Kasernen handelt, die schon vor einigen Jahrzehnten als abbruchreif bezeichnet und infolge ihrer alten Bauart nur schwer zu Wohnungen umzubauen waren, so muß es ein Leichtes sein, in den neueren, moderner eingerichteten Kasernen das Gleiche in weit besserem Maße zu erreichen.

Nach dem Brand der Kaibelkaserne wurde dieselbe vollständig von den darin untergebrachten französischen Truppen und Militärfamilien geräumt, die mit Leichtigkeit in den andern Kasernen Unterkunft fanden. Hierdurch ist doch erwiesen, daß das französische Militär über allen Bedarf hinaus Unterbringungsraum zur Verfügung hat und daß es ein Leichtes sein muß, eine Anzahl von Kasernen zu Wohnzwecken für die Bürgerschaft frei zu machen, zumal die abgebrannte Kaibelkaserne inzwischen wieder mit saarländischen Mitteln bewohnbar hergerichtet wurde. Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis weist noch besonders darauf hin, daß die Kaserne XI, in der in Friedenszeiten ein komplettes Infanterie-Bataillon (4 mal 120 gleich 480 Mann) untergebracht war, heute nur mit etwa 60 Mann belegt ist, die als Handwerker beim Reparaturpark der Rheinarmee, einem Privatunternehmen der franz. Armee, das im Saargebiet auf Grund des Friedensvertrages keinerlei Existenzberechtigung hat, beschäftigt sind. Außerdem wird von diesem Institut auch das gesamte Zeughaus mit Nebengebäuden, die sich auch zu Wohnzwecken eignen, benutzt. Nimmt man hierzu noch die auf dem Gelände des Traindepots, in dem dieser Reparaturpark der französischen Rheinarmee untergebracht ist, befindlichen 8 herrschaftlichen, der Neuzeit gemäß eingerichteten Wohnungen, so muß die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission darauf drängen, daß gerade diese Kaserne und Militärgebäude geräumt werden und der wohnungsuchenden bezw. obdachlosen Bevölkerung in erster Linie zugeführt werden.

Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis ist der Ueberzeugung, daß in Anbetracht der großen Opfer, die die Stadt und ihre Bürger in den letzten Jahren dadurch gebracht haben, daß sie den Regierungsbeamten, den französischen Offizieren, Unteroffizieren und den Angestellten des französischen Reparaturparks die besten Wohnungen der Stadt für eine kaum nennenswerte Miete zur Verfügung stellen mußte, endlich daran gedacht wird, auch denjenigen Bürgern, die infolge dieser Zustände heute in den denkbar schlechtesten Wohnungen, die allen Anforderungen an Gesundheit und Sittlichkeit Hohn sprechen, untergebracht sind, geholfen werden muß. Die vorstehenden Darstellungen haben klar bewiesen, daß dies bei einigermaßen gutem Willen jetzt leicht möglich ist.

Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis bittet den Herrn Bürgermeister, diese Entschließung sowohl der Stadtverordneten-Versammlung, als auch dem Landesrat, sowie den einzelnen Mitgliedern der Regierungs-Kommission vorzulegen mit dem Antrage, zur Abstellung der Wohnungsnot in Saarlouis im Sinne unserer Entschließung die erforderlichen Maßnahmen unverzüglich in die Wege zu leiten. Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission bittet insbesondere, dem saarländischen Mitgliede der Regierungs-Kommission das ungeheure Wohnungselend in der Stadt Saarlouis vor Augen zu führen und ihn unter Hinweis auf die verhältnismäßig leichte Abhilfemöglichkeit zu bitten, sich mit aller Entschiedenheit für die Forderung der Stadt Saarlouis einzusetzen. Sie weist daraufhin, daß, wie aus der Debatte der letzten Landesrats-Tagung zu entnehmen war, die Regierungs-Kommission über reichliche Geldmittel verfügt, die sie sehr gut zu einem mäßigen Zinsfuß, wie letzterer den Banken zugebilligt wurde, den Kommunen zur Behebung der Wohnungsnot überlassen kann. Ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit wäre es, wenn die Regierungs-Kommission durch diese Mittel helfen würde, die katastrophalen Wirkungen der Wohnungsnot zu beseitigen, bezw. zu mildern, zumal auch die Bürgerschaft zur Unterbringung von Beamten und Militärpersonen außerordentlich große Opfer gebracht hat und noch fortwährend bringen muß. Die Wohnungs-Zuteilungs-Kommission der Stadt Saarlouis setzt in den Herrn Bürgermeister und in die Stadtverordneten-Versammlung das Vertrauen, daß sie nichts unterlassen werden, damit endlich dem durch die Wohnungsnot außerordentlich bedrängten Teile der Bevölkerung auch ein einigermaßen menschenwürdiges Heim geschaffen wird.

gez. Heinrich Schuh, gez. Johann Weber,
gez. Merziger. gez. Matthias Engels.